



Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger in Bayern
von Markus Ferber, MdEP
Ausgabe 07/ 2007
Tel 0821 - 349 2110 • Fax 0821 - 349 3021



Liberalisierung der Postdienste

Mit großer Mehrheit hat sich das Europäische Parlament für eine vollständige Liberalisierung der Postmärkte bis Ende 2010 ausgesprochen. Das bislang geltende Briefmonopol für Sendungen unter 50g soll bis zu diesem Zeitpunkt abgeschafft werden.

Um eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, können die neuen Mitgliedsstaaten sowie Länder mit besonderen geographischen Schwierigkeiten in einer Übergangsphase bis Ende 2012 die bislang geltenden Sonderrechte für Briefe beibehalten. Die Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, bis Anfang 2010 der Kommission Vorschläge zu präsentieren, wie der Universaldienst in ihrem Land –sofern notwendig– finanziert werden soll.

Markus Ferber legte als Berichterstatter für das gesamte Parlament insbesondere Wert darauf, dass die Mitgliedsstaaten bestehende soziale Standards für den Postbereich stärken und die notwendige Flexibilität bekommen, auf Änderungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln reagieren zu können.

Ebenso hat Ferber besonderes Augenmerk auf die Verbraucherrechte gelegt. Die Mitgliedsstaaten müssen dafür Sorge tragen, dass die Beschwerdemechanismen und

Verfahren so ausgestaltet werden, dass die Abwicklung bei Verlusten, Diebstahl oder Beschädigungen nicht zu Lasten des Verbrauchers geht. Die Richtlinie wird parallel auch im Rat von den Regierungsvertretern beraten.

Schutz wichtiger Infrastruktur vor Terroranschlägen

Die Europaabgeordneten sprachen sich mehrheitlich dafür aus, künftig wichtige Sektoren, wie IT-Bereiche, dem Finanz-, dem Verkehrsbereich u.a., deren Beschädigung durch terroristische Angriffe Auswirkungen in mindestens drei Mitgliedsstaaten hat, besonders zu schützen.

Die CSU hat sich dafür eingesetzt, dass in den Mitgliedsstaaten bestehende Maßnahmen durch diese Richtlinie ergänzt und nicht ersetzt werden. Zudem sind umfassende Berichtspflichten als zu bürokratisch abgelehnt worden.

Portugiesische Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli hat die portugiesische Regierung den Ratsvorsitz von Deutschland übernommen. In den kommenden sechs Monaten will sie sich auf den Abschluss des EU-Reformvertrages konzentrieren.

Noch in diesem Monat will die portugiesische Präsidentschaft

einen Formulierungsvorschlag vorlegen, der auf dem Gipfel Mitte Oktober verabschiedet werden soll. Daneben sollen der Klimaschutz und die Beziehungen der EU zu Russland im Fokus stehen.

Zukunft des Grundlagenvertrages

Die Europaabgeordneten debattierten die Ergebnisse des letzten Gipfels unter deutscher Präsidentschaft.

Ferber beglückwünschte die Bundesregierung zu der Einigung auf dem Europäischen Rat. Er begrüßte insbesondere, dass mit dem geplanten Reformvertrag das Mitentscheidungsverfahren und damit die Beteiligung des Parlamentes an legislativen Entscheidungen ausgeweitet werde.

Als besonderen Erfolg wertete Ferber, dass nationale Parlamente mehr Zeit zur Überprüfung europäischer Gesetzesvorhaben bekommen sollen. Das Europäische Parlament kann mit einfacher Mehrheit einen Vorschlag stoppen, wenn eine Mehrheit der nationalen Parlamente ihr Veto eingelegt hat.

Wichtig seien auch die Fortschritte in der Außenpolitik. Zwar werde es künftig keinen „Europäischen Außenminister“ geben. „Aber auch ein mit den geeigneten Mitteln ausgestatteter Hoher Repräsentant kann den Einfluss Europas in der Welt stärken“, so Ferber.